

Abreise des neuen spanischen Botschafters nach Berlin.

Madrid, 12. Mai. Der neue spanische Botschafter in Berlin, Epimaco de los Monteros, ist gestern Abend auf seinen neuen Posten abgereist. Zu seiner Verabschiedung hatten sich am Bahnhof u. a. der ehemalige Minister des Aeußern, Panguas, der Generalsekretär im Ministerium des Aeußern, Almeida, der deutsche Botschafter mit den Mitgliedern der Botschaft und mehrere Vertreter des Diplomatischen Korps eingefunden.

Eine Rede Sinowjews und ihre Folgen.

Moskau, 12. Mai. (Telegraphenagentur der Sowjetunion.) Sinowjew hielt in einer Richtparteiversammlung anlässlich des 15jährigen Jubiläums der „Prawda“ eine Rede, die Angriffe gegen das Zentralkomitee der Kommunistischen Partei sowie gegen die „Prawda“ enthielt. Aus diesem Anlass hat das Zentralkomitee der Kommunistischen Partei beschlossen, daß das Vorgehen Sinowjews als unzulässig und sämtliche von der Opposition übernommenen Verpflichtungen hinsichtlich der Einhaltung der Parteidisziplin verkehrt zu betrachten ist. Es hat ferner beschlossen, Sinowjew zur Verantwortung vor der Partei zu ziehen und die Angelegenheit der Zentralkommission zur Prüfung zu unterbreiten. Die Moskauer und die Leningrader Komitees der Kommunistischen Partei verlangen in angemessenen Entschuldigungen, daß Sinowjew zur Verantwortung gezogen werde, insbesondere im Hinblick darauf, daß er Mitglied des Zentralkomitees ist. Eine

gleichlautende Entschließung nahm die Parteikonferenz der Moskauer Garnison an.

Churchill über den deutschen Wettbewerb.

London, 12. Mai. In einer Rede bei einem Essen der Vereinigung britischer Bankiers sagte Churchill u. a.: Der deutsche Wettbewerb wird sich fühlbar machen, ein großer Wettbewerbs wissenschaftlicher Organisation, die sich durch Schuldenannullierung von einem großen Teil der Verbindlichkeiten befreit hat. Dieser Wettbewerb wird gegen uns und gegen die Märkte der Welt einen Vorstoß unternehmen, und nur wenn wir unser Haus in Ordnung bringen und ständig neue Anstrengungen machen, werden wir imstande sein, mit unseren überlegenen Hilfsquellen des Kredits und Kapitals und der Tüchtigkeit und Genügsamkeit unseres Volkes gegen diese neuen Komplikationen vorwärts zu kommen.

Japan verlangt Räumung des japanischen Konsulats durch die Chinesen.

London, 12. Mai. „Daily Telegraph“ meldet aus Tokio: Das Ministerium des Aeußeren hat den japanischen Konsul in Kanton angewiesen, in energischer Weise die chinesischen Behörden zur Räumung und Wiederinstandsetzung des japanischen Konsulats zu veranlassen, das bei den Anrufen von chinesischen Soldaten besetzt war, während der Konsul seine Amtsgeschäfte an Bord eines Kriegsschiffes erledigte.

Kündigung des deutsch-persischen Handelsvertrags.

London, 12. Mai. „Times“ meldet aus Teheran: Die persische Regierung hat den Handelsvertrag mit Deutschland gekündigt.

Kenntnis der Verwaltung eines Gebietes gehört Ortskenntnis und Verbundenheit mit der Bevölkerung. So ist auch Sachsen ein Wirtschaftsgebiet für sich. Preußen jedoch bildet ein nicht einheitliches Wirtschaftsgebiet und bereits Bismarck hat betont, daß er sich die Existenz Preußens nach einem Wegfall der Hohenzollerndynastie nicht vorstellen könne. Hugo Preuß, der Schöpfer der Verfassung von 1919 war ebenfalls der Ansicht, daß der Einheitsstaat nur auf dem Wege der Zerschlagung Preußens erreichbar sei. Preußen hat sich dieser Politik gegenüber auf eine elastische Defensivbeschränkung, aber mit Härtnadrigkeit seine Rechte verteidigt. Erinnert sei an die Großhamburger Frage. Preußen steht geschlossener wie je, hat doch die Separatistenbewegung, wie auch die Welkenbewegung diesen Satz unzweifelhaft bewiesen. So hat auch Preußen noch heute eine Vormachtstellung im Reich, eine Vormachtstellung, die Bismarck begründete.

Der Redner ging dann zu dem bekannten Thema: teure Vänberapparate über und betonte, daß die Vänberregierungen in irgend einer Form auch im Zentralstaat vorhanden sein müssen; eine Verwaltungsinstanz nicht entbehrlich sei. Vänberpart würden also die Minister und Parlamente der Vänber. Nach einer Broschüre des preussischen Ministerpräsidenten Braun stellt sich dieser Vänber aber nur mit 16 Millionen in den Gesamtetat aller deutschen Vänber. In Sachsen betragen diese Ausgaben 0,41 Prozent, ein lächerlich geringer Betrag.

Unendlich ist allerdings die bisher betriebene Steuerpolitik. Die Gemeinden haben die Selbständigkeit verloren, verstoßen sie es doch nicht mehr, für ihre Ausgaben die Mittel zu genehmigen, Ausgaben und Einnahmen in Einklang zu bringen. Bei dem Finanzausgleich ist Sachsen und Hamburg benachteiligt worden zu Gunsten der süddeutschen Vänber.

Zum Schluß seines Vortrages führte Herr Ministerialdirektor aus, daß die Vänber Aufgabe geworden sind, historisch sind und an eine Befestigung nicht zu denken ist. Was erreicht worden ist, in Bezug auf den Einheitsstaat, soll erhalten bleiben. Die kleinen Vänber können nicht das leisten, was man von einem deutschen Lande verlangt, sie müssen sich einem größeren Nachbarn anschließen. In Thüringen machen sich Bestrebungen laut, bis einen Anschluß an Preußen suchen. Ein derartiger Zusammenschluß würde aber die Mainlinie verlieren. Erhebendwert sei der Anschluß Thüringens an Sachsen, da beide Vänber wirtschaftlich bereits eng verbunden sind. Viele sächsische Geschäftsbetriebe befinden sich bereits nach Thüringen aus. Wichtige sächsische Bahnlinien durchqueren thüringisches Gebiet. Bei Preußen mit seinen 38 Millionen Einwohnern wird Thüringen mit 1,6 Millionen fast 19 aufgehoben sein und nicht die Interessenvertretung finden wie bei Sachsen. Ein größeres Mitteldeutschland wird auch den Anschluß Ostdeutschlands begünstigen. Die Blockbildung der Vänber ist die nächste Aufgabe.

Nachdem Herr Fabrikbesitzer Lange dem Redner den Dank der Versammlung ausgesprochen hatte, übergab er dem zweiten Redner des Tages, Herrn Dr. März, das Wort, der in Anbetracht der vorgerückten Zeit seinen Vortrag über „Wirtschaftliche Zeitfragen“ auf einen späteren Termin verschob und zu dem Vortrage des ersten Redners Stellung nahm. Er ging davon aus, daß vor dem Kriege der Verband sächsischer Industrieller für die Interessen seiner Mitglieder maßgebend eingetreten konnte. Zum großen Teil war dieser Einfluß dem damaligen Syndikus Dr. Stresemann zu verdanken, der im Reichstag eine führende Rolle spielte. In handelspolitischer und sozialer Beziehung konnten somit die Interessen der sächsischen Industrie gewahrt werden.

Heute herrsche eine Halbheit, die wirtschaftlich schweren Schaden bringt. Die Einnahmen wurden Vänber und Gemeinden genommen, die Ausgaben frei gelassen. Der Finanzausgleich wurde zu einem Überausgleich. Nach dem Kopfzahlmaß verteilte man Einnahmen industriereicher Vänber, ohne zu bedenken, daß diese auch in sozialer Hinsicht und hinsichtlich des Wohnungsstandes größere Aufgaben zu leisten haben als Vänber mit landwirtschaftlichem Charakter. Für 1920 ist der endgültige Finanzausgleich festgelegt. Bei allem Optimismus sei aber nicht an eine unitarische Regierung zu denken. Eine 200jährige Geschichte stehe gegenüber. Unendlich sind Veranlassungsmomente auf das Reich übernommen worden. Die Ministerien in Berlin sind zu großen Apparaten angeschwollen, denen die Kenntnisse der lokalen Verhältnisse mangeln. Eine Vereinfachung der Verwaltungsreform ist dringend nötig.

Nötig ist auch ein Reichswirtschaftsrat, in dem tatsächlich alle Industriegebiete vertreten sind. Der neue Reichswirtschaftsrat soll auch auf dem Gebiete der Gesetzgebung vorberetende Arbeit leisten, um nicht alle Gelegenheiten der Arbeit des Reichstages zu überlassen, in dem nach rein politischen Grundfragen entschieden wird. Eine Gesetzesvorlage im Reichstag zu ändern sei sehr schwer und aus diesem Grunde ist ein Reichswirtschaftsrat, der Gesetze nach wirtschaftlichen Gesichtspunkten berät, unbedingt erforderlich. Der neue Reichswirtschaftsrat soll aber ein „Berliner Rat“ werden. 82 Spitzenorganisationen sollen in ihm vertreten sein, davon haben 67 ihren Sitz in Berlin. Der Reichswirtschaftsrat muß aber die Möglichkeit der Vertretung von Industriegebieten haben. Am kommenden Reichswirtschaftstagen sind nur 12 Vertreter der Industrie vorgesehen und es wird schwer sein auch für Sachsen einen Sitz zu erlangen. Der Einfluß der Provinza muß aber gewahrt werden. Die beste Lösung wäre, den Reichswirtschaftsrat als Parlament zu bilden, d. h. seine Vertreter im Wahlmann zu wählen.

Am Schluß kam der Redner noch auf die Weltwirtschaftskonferenz zu sprechen. Es sei allerdings noch nicht möglich, sich eine Meinung von dem Verlauf der Verhandlungen zu bilden. Die sächsische Zeitung spreche treffend von einem Meinungsstreit, der in Anschlägen erst destilliert werden müsse. Man dürfe nicht annehmen, daß die Konferenz das Ende des Leibes bringen werde. Wichtig aber sei, daß die Vertreter der verschiedenen Vänber sich zusammengepflegt hätten, um Vorschläge zur Besserung zu machen. Schon diese Tatsache werde beruhigend auf die Wirtschaftskreise wirken, die endlich los von der Politik kommen möchten. Wie jede Konferenz, so bestche auch diese aus einem Aeußeren und einem Inneren, aus dem Theater des äußeren Gepräges und der Unterhaltung. Dieser Nebenteil aber sei der Wichtigere, können doch die Wirtschaftler verschiedener Vänber Verständigung finden, Tuschfählung nehmen. Sächserische Anträge, wie der der drei Frauen, seien nicht ausgeschlossen. Ein Ergebnis müsse die Konferenz aber bringen, denn der Völkerverbund sei letzten Endes der Einberufer der Konferenz und es sei für ihn eine große Blamage, wenn die ganze Konferenz ergebnislos verliefen würde. Man müsse auch an die Internationale Lausanne der Sozialdemokratie in Stockholm denken, die im

Vortragsveranstaltung des Verbandes Sächsischer Industrieller, Ortsgruppe Aue.

Am Donnerstag nachmittag hielt die hiesige Ortsgruppe des Verbandes Sächsischer Industrieller im großen Saale des Hotels Blauer Engel eine Vortragsveranstaltung ab, zu der sie als Redner Herrn Ministerialdirektor Dr. Schullze, Dresden und Herrn Syndikus Dr. März, Dresden gewonnen hatte. Die Einladung war nicht nur an die Mitglieder der Ortsgruppe, sondern auch an Vertreter von Reichs- und Landesbehörden, sowie an Vertreter der Gemeinden ergangen. Erfreulicherweise waren etwa 150 Herren der Einladung gefolgt.

Der 1. Vorsitzende der Ortsgruppe Aue, Herr Fabrikbesitzer A. Lange, begrüßte die Erschienenen, insbesondere Herrn Ministerialdirektor Schullze, Herrn Syndikus Dr. März vom Verband sächsischer Industrieller Dresden, Herrn Kreishauptmann Dr. Jani, Zwickau, Herrn Oberregierungsrat Gehlert, Herrn Amtshauptmann Dr. von Schwarz, den Vertreter der Reichsbahn, der Reichspost, des Hauptzollamtes Zwickau, des Zollamtes Aue, der Finanzämter Aue und Schwarzenberg, die Vertreter der Schlichtungsbehörden Zwickau und Chemnitz, der sächsischen Landespolizei, des Amtsgerichts Aue, Herrn Gewerberat Wildhagen, die Vertreter der Gemeinden Aue, Schwarzenberg, Schneeberg, Wipfau, Lauter und Schönheide, die Direktoren der Banken, die Direktoren der Schulen von Aue und Schneeberg, Herrn Dipl.-Ing. Ruf als Vertreter der Dampfkesselüberwachungs-Gesellschaft, den Vertreter der Wirtschaftlichen Vereinigung, Herrn Dr. Mißfeldt, und die Vertreter der Presse. Nachdem er für das zahlreiche Erscheinen gedankt, übergab er Herrn Ministerialdirektor Dr. Schullze das Wort zu seinem Vortrage:

Die deutschen Länder und die deutsche Wirtschaft.

Der Redner führte etwa folgendes aus: In der Außenhandelspolitik war die Entwicklung in Deutschland durchaus unitarisch. Allerdings kennen wir eine deutsche Außenhandelspolitik erst seit knapp 100 Jahren, aber diese Handelspolitik war stets zentralistisch, und niemals wurden Stimmen laut, die daran etwas zu ändern gedachten. Ganz anders war die Entwicklung in der Innenpolitik. Hier herrschte auch in der Handelsinnenpolitik der Dezentralismus. Zentralismus und Dezentralismus sind die beiden sich entgegengesetzten Systeme, und man kann nicht ohne weiteres sagen, welchem von ihnen man den Vorzug geben soll. Wir kennen Länder, die zentralistisch regiert werden; erinnert sei nur an England und Frankreich, in denen schon frühzeitig die Gewalt sich zentralisierte, und wir kennen Länder, die dezentralistisch regiert werden, vor allem die Vereinigten Staaten von Nordamerika, die Tschechoslowakei, das neue Österreich, das mit etwa sechs Millionen Einwohner in neun Vänber zerfällt, und die Schweiz, die bei einem Bevölkerungsstand von knapp vier Millionen in 22 Kantonen eingeteilt wird. Bei einer unlängst vorgenommenen Studienreise nach der Schweiz konnte der Redner feststellen, daß es Kantone gibt, die wirtschaftlich so schwach sind, um in kultureller Beziehung das zu leisten, was man von einem modernen europäischen Staate verlangen kann. Im Gespräch mit maßgebenden Bürgern der Schweiz mußte er aber hören, daß man, obwohl überzeugt von der finanziellen Schwäche mancher Kantone, nicht daran denkt, die Kantone zu einer einheitlichen Republik zusammenzuschweißen, also zur zentralistischen Regierung überzugehen. Wenn man sich einer so klaren Rechnung verschließt, müssen die Gründe gegen eine Zentralisierung tiefer liegen.

Wie liegen nun die Dinge in Deutschland. Es ist nicht zu verkennen, daß man durch die Weimarer Verfassung ein gut Stück vorwärts gekommen ist auf dem Wege vom Bundesstaat zum Einheitsstaat, aber das Wort von Weimar ist eine Kompromißlösung. Um zur klaren Beurteilung der deutschen Verhältnisse zu kommen, ist es nötig, daß man sich die deutsche Geschichte

vergegenwärtigt. Seit dem Jahre 843 (Vertrag von Verdun) geht der Kampf des Partikularismus gegen die Zentralgewalt und im Jahre 1806 hatte der Partikularismus gesiegt. Die Bestrebungen auf dem Wiener Kongreß, einen Staatenbund zu gründen, führten nicht zu einer deutschen Zentralgewalt, ebensowenig, wie es die von hohen nationalen Geistes getragene 48er Bewegung erreichen konnte, da ihr die realpolitische Einstellung mangelte. Bismarck war ein Gegner dieser deutschen Einigungsbestrebung, kämpfte er doch für ein Großpreußen. Er war in erster Linie Preuze und dann erst Deutscher und hat aus dieser Einstellung kein Hehl gemacht. Für Preußen schmiedete er das starke Heer, das in zahlreichen Kriegen seine Überlegenheit beweisen konnte, in zahlreichen Schlachten gegen eigene Stammesbrüder siegte. Im Jahre 1866 beginnt die Umkehrung in der Anschauung Bismarcks. Er lehrt der Anknüpfungspolitik den Rücken und beginnt eine Bündnispolitik. Diesem Umkehrung verdankt Sachsen seine Existenz, denn Bismarck hat lange erzwungen, es dem preussischen Staate einzuverleiben. Ueber den „Norddeutschen Bund“ wurde das Deutsche Reich gegründet. Ein Bundespaar. Bismarck lag ein Teil der Hoheit bereits in den Händen des Reiches selbst und Bismarck war bestrebt, diesen Zug zum Zentralismus nach mehr zu betonen. Als im Jahre 1918 die deutschen Monarchen kapitulieren mußten, lag der Gedanke nahe, daß man mehr der Weg zu einem Einheitsstaat vollständig genommen sei, waren doch die Monarchen der Vänber abgesetzt, also jede Macht beseitigt, die sich einem Zusammenschluß aller Vänber unter einer zentralen Regierung widersetzen konnten. Außerdem hatte die Sozialdemokratie stets den Zentralismus erstrebt, so daß man bestimmt von ihr erwarten konnte, daß sie, nunmehr zur Macht gelangt, ihr Programm verwirklichen würde. Daß die Entwicklung nicht, wie prophesiert, verlief, liegt daran, daß in allen Vänbern in verhältnismäßig kurzer Zeit Regierungen gebildet wurden. Die Einberufung konstituierter Vänberparlamenten war nötig, um den Mächtiggedanken im Keime zu ersticken, den demokratischen Gedanken zu verwirklichen. Weimar sah sich bereits fertigen Vänberregierungen gegenüber. Damit war es unmöglich geworden, den Einheitsstaat zu verwirklichen. In schweren Debatten und Verhandlungen kam ein Kompromiß zustande, eine Verfassung, die allerdings einen großen Schritt vorwärts zum Einheitsstaat vorstellt. Man denke nur an Heer, Verkehrgewesen und Finanzwesen. Nicht unmaßgeblich ist es, daß Erzberger geplatzt hat, durch die Vereinheitlichung des Finanzwesens die Vänber zur Aufgabe der Selbständigkeit zwingen zu können. Rein theoretisch haben ja die Vänber bereits heute kein Hoheitsrecht mehr, weder Verfassungshoheit, noch Verwaltungshoheit. Wenig Luft besteht aber in den deutschen Vänbern, sich von Berlin ganz regieren zu lassen, hat es doch bereits schwere Konflikte in den vergangenen Jahren zwischen Reich und Vänbern gegeben. Die Notjahre haben aber das Deutsche Reich gefestigt und wohl bei allen den Erfolg gezeitigt, daß sie sich in erster Linie als Deutsche, dann erst als Bayern, Sachsen oder Preußen fühlen. Trotzdem aber besteht unter der Bevölkerung der Vänber wenig Sympathie für eine Aufgabe ihrer Landeszugehörigkeit. Diersfür bietet Schaumburg-Lippe ein Beispiel. Das kleine Land, mit seinen 50 000 Einwohnern, ist nicht in der Lage, die Kosten einer Selbstverwaltung zu tragen und die Regierung befürwortete den Anschluß an Preußen. Mit überwältigender Mehrheit wurde durch Volksabstimmung dieser Anschlußgedanke abgelehnt.

Gegen eine Zentralregierung in Berlin spricht die Verschiedenartigkeit des deutschen Erwerbslebens. Wir haben viele Gebiete, die landwirtschaftlichen Charakter tragen, große Landstriche in denen ganz besondere Industriezweige blühen und große Vänber, die dem Bergbau dienen. Diese alle eigenen Charakter tragenden Gebiete von einer Zentral-

Mitte einer Straßmertschen Schaul ihrem drehen Profonten Wette durch Da tes" 12. M lassen, migten Ci und P zeug, K Kluge 4. Apr Paris damit Do Pirtus lau W Prag in ihm in Das in Dresbe Di Kihchen lfen di heidnis Seele r breien nicht k Steeber lassen, nen di nicht d besofler In Zeit ein laufend Erfolg 23progen frankten Arterien dem ges Verlusche men im Jao Wissen röhren Velench Del um leuchstum durch di merde. (at. 80 26 27 denken schwer immer Da naturell 2 anderen "U "E "J "G "E "E Seß gl so alt a das We deutlich "E jagte U "E "E "M "E "E unsglida "M